



4/SN-317/ME

BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORTSachbearbeiter: Dr. JONAK
Tel.Nr.: 53120-2356

Zl. 14.407/7-III/2/90

An die
Parlamentsdirektion1010 W i e n

NORMI GESETZENTWURF	
Zl. 47	-GE/9 10
Datum: 25. APR. 1990	
Verteilt 3.5.90 Q10	

Minderheiten-Schulverfassungsgesetz,
Stellungnahme zum Entwurf

Verteilt

3.5.90 Q10

St. Othman

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem vom Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 6. März 1990, GZ. 601.088/14-V/7/90, dem Begutachtungsverfahren zugeführten Entwurf eines Minderheiten-Schulverfassungsgesetzes.

BeilagenWien, 23. April 1990
Für die Bundesministerin:
Dr. JONAKF.d.B.d.A.
Fischer

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT**

Sachbearbeiter: Dr. JONAK
Tel.Nr.: 53120-2356

Zl. 14.407/7-III/2/90

An das
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst

1014 W i e n

Minderheiten-Schulverfassungsgesetz,
Stellungnahme zum Entwurf.
Zu Zl. 601.088/14-V/7/90

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport begrüßt die Schaffung eines Minderheiten-Schulverfassungsgesetzes, das die verfassungsgesetzlichen Regelungen, welche zur Durchführung der Minderheiten-Schulbestimmungen des Österreichischen Staatsvertrages notwendig sind, umfassend für die Länder Burgenland, Kärnten und Steiermark regelt, wobei für den einfachen Gesetzgeber die Möglichkeiten offengelassen werden, die erforderlichen einfachgesetzlichen Regelungen unter Bedachtnahme auf die besonderen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern zu erlassen.

Durch das im Entwurf vorgesehene Minderheiten-Schulverfassungsgesetz sollen insbesondere die Zuständigkeiten zur Gesetzgebung und Vollziehung von Bund und Ländern geregelt werden. Da es nach der Absicht des Entwurfes zwei Rechtsnormen geben wird, aus denen die konkrete Zuständigkeitsverteilung hervorgeht, müßte die Abgrenzung klar erfolgen. Dies scheint nach dem derzeitigen Wortlaut des § 1 Abs. 2 einerseits und des § 2 andererseits nicht völlig klar zu sein. Ferner sollte für den Polytechnischen Lehrgang aus Gründen der Einfachheit keine andere verfassungsrechtliche Regelung bestehen, als für die übrigen allgemeinbildenden Pflichtschulen, wenngleich derzeit noch nicht bekannt ist, ob im Minderheitenschulbereich eine besondere Regelung für die Polytechnischen Lehrgänge erfolgen wird.

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport schlägt unter Bedachtnahme auf die bisherigen gesetzlichen Regelungen, die sich in ihrer kompetenzmäßigen Zuordnung bewährt haben, folgende kompetenzmäßige Zuordnung auf dem Gebiet des Minderheitenschulwesens vor:

1. Bundesgesetzgebung, Bundesvollziehung:
Alle Angelegenheiten, für die im folgenden nichts anderes vorge-
sehen ist.
2. Bundesgesetzgebung, Landesvollziehung:
 - 2.1 Aufbau, Organisationsformen und Klassenschülerzahlen der öffent-
lichen Pflichtschulen,
 - 2.2 Angelegenheiten des Dienstrechtes und des Personalvertretungs-
rechtes der Lehrer für öffentliche Pflichtschulen.
3. Bundesgrundsatzgesetzgebung, Landesausführungsgesetzgebung, Lan-
desvollziehung:
 - 3.1 Errichtung, Erhaltung, Auflassung, Sprengel und Unterrichtszeit
der öffentlichen Pflichtschulen,
 - 3.2 Örtliche Festlegung der öffentlichen Pflichtschulen.
4. Landesgesetzgebung, Landesvollziehung:
 - 4.1 Behördenzuständigkeit zur Ausübung der Diensthoheit über die
Lehrer für öffentliche Pflichtschulen,
 - 4.2 Kindergartenwesen und Hortwesen.

Hiezu kommt noch die Beibehaltung bestehender besonderer Regelungen
im Art. 14 B-VG insbesondere im Zusammenhang mit den Schulbehörden
sowie den öffentlichen Übungsschulen, Übungskindergärten, Übungshor-
ten und Übungsschülerheimen.

Die vorstehende Aufzählung zeigt, daß nur die Punkte 2.1 und 3.2 von
der Kompetenzverteilung des Art. 14 B-VG abweichen. Allerdings könn-
te die Auffassung vertreten werden, daß Punkt 3.2 bereits in
Punkt 3.1 enthalten ist, weil unter Errichtung einer Schule ihre
Gründung und die Festsetzung ihrer örtlichen Lage zu verstehen ist
(vgl. § 10 des Pflichtschülerhaltungs-Grundsatzgesetzes, BGBl.
Nr. 163/1955).

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport ersucht um
ehestmögliche Ausarbeitung des entgeltigen Entwurfstextes für das
Minderheiten-Schulverfassungsgesetzes, da diese Voraussetzung für
die vorgesehene Novellierung des Minderheiten-Schulgesetzes für
Kärnten ist.

Wien, 23. April 1990
Für die Bundesministerin:
Dr. JONAK

F.d.R. d.A.
Dr. J. Jonak